

Marzahn- Hellersdorf *links*

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf führte Anfang dieses Jahres eine Umfrage unter ihren Mitgliedern durch, deren Ergebnisse gründlichst ausgewertet und die weitere Arbeit der Partei beeinflussen werden. Wie damit weiter? Seite 1/3/6

LINKE und Wirtschaft? Manche meinen, das geht nicht zusammen. Dass dem nicht so ist, beweist auch die Gründung des LINKEN Wirtschaftsforums im Bezirk, das demnächst im Gespräch sein wird mit Wirtschaftssenator Wolf. Seite 3

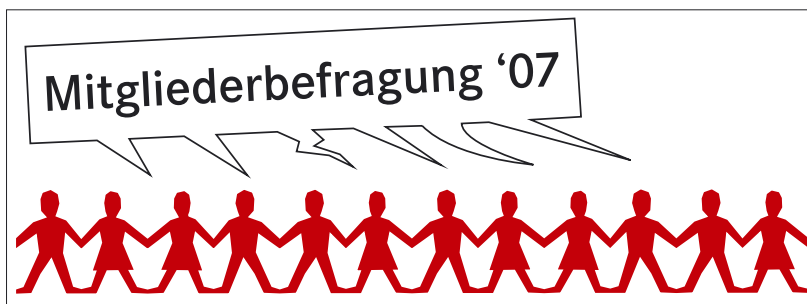
Die Jugendseite - die zweite! In jeder Ausgabe dieses Infoblattes wird künftig der Jugendverband zu Wort kommen, mit Themen, die Junge, und nicht nur die, interessieren. Mitmachen ist erlaubt, einfach bei den Autoren melden! Seite 7

Faule Kompromisse?

Die Mitglieder-Befragung zeigt, dass sich die Mehrheit aktiv an der Arbeit der LINKEN beteiligt, dass aber auch Ansprüche an die Partei entwickelt werden. Einige Mitglieder sagen, dass sich das Alltagslebender BürgerInnen und die Kommunalpolitik der LINKEN immer stärker voneinander entfernen. Das Markenzeichen der LINKEN, die soziale Gerechtigkeit und die politischen Rechte, wird nur in Ansätzen in der Kommunalpolitik umgesetzt. „DIE LINKE sollte aufhören, sich ängstlich um die sozialistischen Zielstellungen herumzuschleichen.“ Und: „Bei getroffenen Entscheidungen ... ist sichtbar zu machen, warum welche Kompromisse notwendig waren.“ Ich vertrete die Auffassung, dass Sozialismus nicht in Folge eines abstrakten Geschichtsesplanen entsteht. Vielmehr wird er von gesellschaftlichen Realitäten, den wirklichen Interessen und Bedürfnissen der Menschen geprägt sein.

Als ich in der PDS Hellersdorf in die Bezirkspolitik eintrat, war die Partei für viele BürgerInnen unverzichtbar. Sie vertrat deren ostdeutsche Identität, wirkte als Berater und Opposition zur Übernahme des Ostens. Mit den dann folgenden Wahlerfolgen und der Entstehung von Mehrheiten wurde es notwendig, kommunalpolitische Verantwortung zu übernehmen. Jetzt ging es um die Umsetzung von Gesetzen der kapitaldominierten Bundesrepublik und die Einhaltung von Haushaltsplänen, um die

Infrastruktur des Bezirkes weiterzuentwickeln. Und es wurden Bündnispartner gesucht - bei den anderen Parteien, bei den Gewerkschaften und sozialen Trägern. Jedes Bündnis ist durch Kompromisse beider Seiten gekennzeichnet.



Es zeigt sich, eine linke Partei muss in der Lage sein, alle Formen der Demokratie zu beherrschen.

Ein Beispiel wie kommunalpolitische Zielstellungen und notwendige Kompromissbereitschaft wirken, ist der Kampf um das Freizeitforum Marzahn. Das größte Kulturhaus im Nordosten Berlins ist seit der Übertragung vom Senat in die Hand des Bezirks Marzahn im Jahr 1995 akut wegen Baumängel und mangelnder Haushaltsmittel in Gefahr. Die Anwohner und Nutzer des Hauses verlangten von uns zu Recht, dass dieses Kleinod trotz der verursachten Kosten erhalten bleibt. Die bürgerlichen Parteien zeigten kein Interesse am Haus und knüpften im Abgeordnetenhaus die Herausgabe notwendiger Investitionsmittel an schwierige Bedingungen. Nur dank der Rot-Roten Koalition in Berlin konnten die notwendigen 8 Millionen Euro bereitgestellt werden.

Trotz der Bemühungen von Ex-Bürgermeister Uwe Klett (DIE LINKE) und der Bildung eines Sonderausschusses der BVV konnten erst jetzt, im Jahr 2007, die Voraussetzungen für die Investitionen abgeschlossen werden.

Und siehe da, nun trat sogar die bezirkliche CDU für die Weiterführung des Kulturhauses ein. Dabei ist klar, dass wir in Gesprächen mit dem Architekten, mit den Betreibern des Hauses, mit den anderen Parteien, bis hin zu Kontakten mit der CDU, immer wieder Kompromisse geschlossen und Bündnispartner zur Erhaltung des Hauses gefunden haben. Als Folge dieser Politik können wir jetzt, nach mehr als einem Jahrzehnt, mit Zuversicht vom Erhalt des Objekts sprechen.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der BVV

Was gibt's noch?

Seite 2:
Zur Person: Günther Ballentin / Petra Pau: Gegen Online-Untersuchungen!
Seite 3:
LINKES Wirtschaftsforum / Verschmutzungsrechte
Seite 4:
BVV „unterm Regenbogen“ / Info-Splitter / Politik konkret
Seite 5:
Freude oder Frust / Kinderarmut in Berlin
Seite 6:
Post an uns / Siedlungsgebiete / Politik konkret
Seite 7:
Jugendseite
Seite 8:
Tipps und Termine

DIE LINKE.

Zur Person: Günther Ballentin

Uckermärker Erfahrungen vom Rhein bis an die Oder

Mir gegenüber sitzt ein Mahner gegen den Krieg, nicht mit erhobenem Zeigefinger, aber mit wachem Blick und einem reichen Schatz an Lebenserfahrungen, den er gern weitergibt.

Günther Ballentin, Jahrgang 1931, stammt aus einem Dorf bei Schwedt/Oder. Seine Eltern waren Bodenreformbauern. Nach dem Abitur studierte er Journalistik, Fachrichtung Landwirtschaft, später dann Anglistik/Amerikanistik. Nach kurzer Zeit als Redakteur der Bezirkszeitung „Neuer Tag“ in Frankfurt/Oder war er 30 Jahre Berufssoldat der Nationalen Volksarmee. Zwanzig Jahre davon arbeitete Ballentin wunschgemäß als Journalist im Militärverlag der DDR.



Oder 1945“, sein viertes Antikriegsbuch. Für dieses Buch recherchierte Günther Ballentin 30 Jahre und trug Berichte von ca. 60 Augenzeugen, Einwohnern und Soldaten beider Frontseiten zusammen. Er kam auch mit über 20 Männern aus Bayern, dem Rheinland und Holstein ins Gespräch, die ihm die tragischen Erlebnisse mitteil-

ten, die sie als 17-jährige Soldaten der Wehrmacht 1945 zwischen Oder und Havel durchlitten.

Geschildert wird die militärisch sinnlose Verteidigung der vermeintlichen Festung Schwedt/Oder und der 22 Dörfer ringsum. Der Schmerz, den die Erfinder des Verderbens, des Krieges, über die Menschen brachten und das, was Töten und Vernichten aus ihnen machten, bekommt in Ballentins Warnungen eine heiße Adresse. Die Berichte, Ar-

chiv-Texte und Fotos drängten den Autor zu dem Schluss, dass es selbstmörderisch war, auf deutscher Seite sozusagen bis zur letzten Patrone zu feuern. Wir haben eine erschütternde Antikriegsbotschaft vor uns.

Die 1. Auflage war im Buchhandel binnen fünf Monaten vergriffen. Die Leute, die der Autor zu Wort kommen lässt, haben die Hölle selbst erlebt. Sie sagen: „Nie wieder so etwas!“ Ballentin betonte schon im März 1991 in einer Tageszeitung: „Könnten wir Deutsche über unseren Schatten springen und auf b e i d e Armeen verzichten, wäre das für mich die glaubhafteste Legitimation der Bereitschaft, Schuldteile zweier Weltkriege zu tilgen.“ Manche LeserInnen bekam von ihm diese Widmung ins Buch:

„Maria Ostern zu Joseph. ‚Wozu stehende Heere!? Genug geschossen seit Christi Geburt!‘“

Dem Schreiben könnte der 75-jährige Autor wohl treu bleiben. Unterstützt wird der Selbstverleger dabei tatkräftig von seiner zweiten Frau sowie Kindern und Enkeln.

Obgleich ihn die Tieffliegerangriffe und Granateinschläge noch heute in Alpträumen heimsuchen, hat er die Lust am Leben nicht verloren. Er genießt mit seiner Frau Fernreisen zu zweit in fast alle Länder Europas. Dann ist er sein eigener Reiseleiter, Quartiermacher und Dolmetscher.

Sabine Behrens (Text und Foto)

Bittere Erfahrungen der letzten vier Kriegsmomente 1945 und die Neigung zum Schreiben vereinen sich in Ballentin und ließen ihn zu einem höchst sorgfältigen Chronisten und authentischen Erzähler werden.

Nach „... angeordnet: Schweigen. Das Ende einer Mädchenklasse“ – die Luftminentragödie – (1995), „Gleich hinter Schwedt. Uckermärkische Skizzen“, „Bloßig, sind wir noch Kinder?“ (2001/2002) erschien 2005 die Oder-Chronik „Die Zerstörung der Stadt Schwedt/

Petra Pau (MdB): Gegen Online-Untersuchungen!

Vielleicht schafft er es zum Unwort des Jahres, der „Bundes-Trojaner“. Gemeint ist eine Software, die heimlich auf private Computer lanciert wird, um diese dann ausspähen zu können. Man muss sich vorerst auch gar nicht in die technischen Details vertiefen. Der übergroße Lauschangriff, den Bundesinnenminister Schäuble plant, ist vor allem ein Politikum mit weitreichenden Folgen. Längst ist vom Überwachungsstaat die Rede. Und fürwahr waren die Möglichkeiten, möglichst alles und jeden im Blick der

schützt werden. Aktiv formuliert: Das Grundgesetz räumt implizit ein, dass sich die Bürgerinnen und Bürger schützen und aufbegehren können, wenn ihre Rechte beschnitten werden. Und immer mehr spüren, dass es höchste Zeit für eine neue Bürgerrechtsbewegung ist. So wird am 22. September 2007 in Berlin eine bundesweite Demonstration gegen die „Datenvorratsspeicherung“ stattfinden.

Noch so ein Stichwort, aus dem Gruselkabinett innenpolitischer Vorhaben. Egal, ob Sie telefonieren, eine SMS oder eine E-Mail verschicken, die dabei anfallenden Daten

werden akribisch erfasst, gespeichert und EU-weit abgeglichen. Prophylaktisch, denn theoretisch könnte schließlich jede und jeder ein potentieller Terrorist sein. Das ist die Philosophie, die wie ein Bazillus grassiert. Obendrein ist die Chance, dem möglichen Unwort reale Untaten folgen zu lassen, überaus verlockend. Denn die Unionsparteien und die SPD verfügen im Bundestag über eine gefährliche Mehrheit, ausreichend, um gegen den Willen der anderen Fraktionen das Grundgesetz zu ändern. Deshalb drücken die Schäubles & Co. so aufs Tempo.

jetzt Neuigkeitenbrief bestellen:

http://www.petrapau.de/cgi-data/newsletter/abo_form.html

Geheimdienste zu haben, noch nie so groß wie derzeit. Der „Bundes-Trojaner“ ist mithin auch Synonym für viel weiter gehende Pläne. Angeblich sollen sie dem Terrorismus wehren, tatsächlich aber laufen sie auf einen Gegenentwurf zum demokratischen Rechtsstaat hinaus, nämlich dem präventiven Sicherheitsstaat.

Natürlich ist das wider das Grundgesetz. Dieses geht von souveränen Bürgerinnen und Bürgern aus, die ausdrücklich auch vor ausufernden Begehlichkeiten des Staates ge-

Trojaner - Was ist das?

Trojanische Pferde (Trojaner) sind Computerprogramme, die eine schädliche Funktion beinhalten. Nicht selten verfügen Trojanische Pferde über ein für Anwender sehr nützliche Funktion. Die schädliche Funktion läuft lediglich im Hintergrund ab, ohne dass dieses bemerkt wird.

Trojanische Pferde arbeiten nach verschiedenen Mustern. Zu einem gibt es Programme (Exe-Dateien), die keinerlei für den Anwender nützliche Funktionen aufweisen. Lediglich wird nach einem Start des vermeintlichen Programmes ein Trojaner auf dem PC installiert. Damit kein Verdacht geschöpft wird, erscheinen Fehlermeldungen, dass eine bestimmte Datei nicht vorhanden ist, um das vorgegebene Programm zu starten. Der Anwender löscht enttäuscht dieses unbrauchbare Programm und macht sich keine Gedanken darüber; ... gibt es auch wesentlich „klügere“ Trojanische Pferde, die sich hinter einem durchaus brauchbaren Programm verbergen. ... Viele Trojaner installieren sich so auf dem System, damit dieses bei jedem Systemstart ebenfalls mitgestartet wird. - Somit läuft dieses Programm ständig im Hintergrund mit.

... Wozu sind Trojanische Pferde in Lage, was können diese? *Die meisten Trojaner sind darauf aus, Benutzerdaten eines Online-Dienstes auszuspähen, nicht selten nur von einem bestimmten Provider. Trojaner, die ständig im Hintergrund im betreffenden System mitlaufen, zeichnen mitunter sämtliche Tastaturfolgen auf. ... Die gesammelten Daten werden nach der Einwahl unbemerkt an den Autor des Trojanischen Pferdes geschickt. ...*

(Mehr im Internet unter:

<http://www.trojaner-info./beschreibung.shtml>)

Redaktion

LINKES Wirtschaftsforum Marzahn-Hellersdorf

Die Linke muss die Kommunikation mit engagierten Dritten verbessern, mehr auf Vereine, Gewerkschaften, Initiativen zugehen (Forderung im Rahmen der Mitgliederbefragung der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf)

Der Start stimmt optimistisch: das Kaminzimmer im Biesdorfer Schloss war beim 1. Unternehmerfrühstück des Linken Wirtschaftsforums Ende Juni bis auf den letzten Platz besetzt. Unternehmerinnen und Unternehmer aus Marzahn-Hellersdorf und anderen Berliner Bezirken waren gekommen, um bei Schmalzstullen und sauren Gurken mit Petra Pau, Dagmar Pohle und mit dem Landesvorsitzenden von OWUS Berlin-Brandenburg Klaus Eichler über das Thema: DIE NEUE LINKE UND DIE WIRTSCHAFT zu diskutieren. Schnell war man sich einig, unverbindliche Zusammenkünfte sind Zeitverschwendung, vielmehr müssen wir die berühmten Nägel mit Köpfen machen. Beispiel Mindestlöhne: linke Unternehmer sagen dazu ja, erwarten aber von der Politik, dass sie dafür bei Bedarf finanzielle

Auf dem Gründungsparteitag der LINKEN haben Unternehmerinnen und Unternehmer eine Arbeitsgemeinschaft **LINKE. Unternehmer** gegründet. Marzahn-Hellersdorfer UnternehmerInnen, Selbständige und Freiberufler sollten ihre Erfahrungen, aber auch ihre Probleme und Vorschläge in diese Arbeitsgruppe einbringen.

Hilfe bekommen. Deshalb übernahmen es Petra Pau und Carl Wechselberg, diese Forderung in den Bundestag und das Abgeordnetenhaus zu tragen. Bericht darüber - zum nächsten Unternehmerfrühstück mit Senator Harald Wolf, wo das Thema Öffentlicher Beschäftigungssektor und Wirtschaft auf der Tagesordnung steht. Termin: Oktober. Das LINKE WIRTSCHAFTSFORUM wird künftig dreimal im Jahr Politikerinnen und Politiker der LINKEN aus Berlin, dem Bund und der EU einladen, um mit den hiesigen Unternehmerinnen und Unternehmern über wirtschaftspolitische Probleme und ihre Lösungsmöglichkeiten zu reden. Nicht nur unverbindlich diskutieren - sondern konkret verabreden, wer was tun und über die Ergeb-

nisse berichten wird. Marzahn-Hellersdorf ist dafür ein gutes Pflaster, denn hier gibt es viele linksdenkende Unternehmer/innen, die mit der „neuen“ LIN-

KEN sympathisieren. Diese Unternehmerinnen und Unternehmer, Wirtschaftsfachleute (in Arbeit, arbeitslos oder im Ruhestand) Freiberufler,

Geschäftsführer von Vereinen und Genossenschaften, linke Studentinnen und Studenten, möchte das LINKE WIRTSCHAFTSFORUM - unabhängig davon, ob sie Mitglied der LINKEN sind oder nicht - zu gemeinsamer Arbeit für den Bezirk einladen. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe dieses Infoblattes. Vorschläge, Angebote und gute Ideen erwarten die Sprecher/innen des LINKEN WIRTSCHAFTSFORUMS: Erika Maier, Heiner Niemann und Dagmar Pohle.

Kontakt: **Erika Maier**
E-Mail: maier-erika@arcor.de
Telefon: 54 110 54

2. Unternehmerfrühstück

Freitag, 5.10., 9 Uhr
Schloss Biesdorf,
Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin
Mit
Wirtschaftssenator Harald Wolf
Petra Pau (MdB)
Carl Wechselberg (MdB) u.a.

LINKES Wirtschaftsforum Marzahn-Hellersdorf - eine Klarstellung -

Formulierungen im Juli-Bericht des Bezirksvorstandes führten bei einigen Lesern zu Missverständnissen und Fehlinterpretationen - die ich (als Verfasser) nicht auslösen wollte. Auf Antrag u. a. von Dagmar Pohle, Erika Maier, Heinrich Niemann und Uwe Zimmermann (OWUS) beschloss der BV einstimmig am 12.6. die Bildung des Linken Wirtschaftsforums Marzahn-Hellersdorf als bezirklichen (=Kreisverband der LINKEN) Zusammenschluss. Das Linke Wirtschaftsforums Marzahn-Hellersdorf ist kein Bestandteil der LAG Steuerpolitik.

Unsere Parteisatzung regelt unmissverständlich: „Innerparteiliche Zusammenschlüsse können durch die Mitglieder frei gebildet werden. Sie sind keine Gliederungen der Partei.“ und „Zusammenschlüsse entscheiden selbständig über ihre Arbeitsweise und ihre innere Struktur“ und „Menschen, die sich für politische Ziele und Projekte der Partei engagieren, ohne selbst Mitglied zu sein, können in Gliederungen und Zusammenschlüssen der Partei mitwirken...“ (zum Beispiel am 27. Juni beim ersten Unternehmerfrühstück 2007).

Bernd-R. Lehmann

Verschmutzungsrechte

*Das Kabinett hat jüngst verkündet:
Die Luftverschmutzung muss jetzt weg!
Und deshalb hat man sich verbündet
mit den Konzernen - gegen Dreck,
vergibt fürs Klima, das geschwächte,
Verschmutzungsrechte.*

*Doch damit lässt sich's trefflich handeln:
Wenn im Werk A das Abgas sinkt,
kann man dies leicht in Geld verwandeln,
wenn's im Werk B noch kräftig stinkt.
Denn dann verkauft man, wenn man möchte,
Verschmutzungsrechte.*

*Dies sollte auch bald Schule machen
im Fernseh und beim Video-Game,
wo statt Gewalt und solchen Sachen
nur Gutes auf den Bildschirm käm.
Ein Tag Niveaivolles erbrächte
Verschmutzungsrechte.*

*Doch nein - das wäre ja verheerend
am Folgetag - welch böse Schmach! -
Man lieferte uns dann fortwährend
das aufgestaute Dreckszeug nach.
Doch wie kann man den Dreck vernichten? -
Entschmutzungspflichten!*

22.7.2007

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Großdemonstration am 15.9.2007

12 Uhr Beginn am Roten Rathaus in Berlin

DIE LINKE.

BVV „unterm Regenbogen“

Am 30. August 2007 kam die BVV zu ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause zusammen.

Zu Beginn der BürgerInnenfragestunde stand das seit längerem diskutierte Thema „Das Haus an der B1“ zur Debatte. Jugendliche des Projektes hatten angefragt, ob und wie es mit ihrem Projekt weitergehen solle. Jugendstadträtin Manuela Schmidt machte in der Beantwortung deutlich, dass sie und ihr Amt seit Jahren versucht hätten, das Projekt zu unterstützen, leider jedoch sei es nicht gelungen, verlässliche Absprachen mit den jungen Menschen zu treffen. Außerdem sei eine Übernahme des Hauses durch die Jugendlichen nicht möglich, da die notwendige fachgerechte Sanierung durch den Verein finanziell nicht zu bewerkstelligen sei. Grundsätzlich unterstütze sie jedoch alternative selbst verwaltete Initiativen junger Menschen.

Man dürfe die Jugendlichen jedoch nicht durch eine absehbare hohe finanzielle Belastung in Schwierigkeiten bringen.

Einen kleinen Höhepunkt der Sitzung bildete ein Antrag der Fraktion Bü90/Die Grünen, bei der bezirklichen Wirtschaft um Spenden für eine weitere Regenbogenfahne zu bitten. Das Bezirksamt beflaggt seit Jahren am „Christopher-Street-Day“ das Rathaus mit einer solchen Fahne, jedoch würde keine weitere für die anderen Büro-Dienstgebäude zur Verfügung stehen. Die Linksfraktion nahm dies

zum Anlass, nochmals auf die Bedeutung des Hissens der Fahne aufmerksam zu machen und dem Bezirksamt eine solche zu überreichen. Auch die SPD wollte nicht auf mögliche SpenderInnen warten und übergab dem Bezirksamt ebenso eine zusätzlich Flagge in den bekannten Regenbogenfarben.

Die Linksfraktion forderte in einem Antrag, zu prüfen, ob die erhobenen Erschließungsbeiträge am Hatzenporter Weg rechtmäßig seien. AnwohnerInnen hatten hierzu eine gegensätzliche Rechtsauffassung als das Bezirksamt. Eine Prüfung sei notwendig im Sinne der AnwohnerInnen, so meinte die Linksfraktion.

Am Ende der Sitzung stand eine Vorlage des Bezirksamtes zur Debatte, in der die Benennung des Platzes am ehemaligen Sinti- und Roma-Zwangslager am heutigen S-Bhf. Raoul-Wallenberg-Straße nach Otto Rosenberg vorgesehen war. Hassan Mettwally (DIE LINKE.) machte in seiner ersten BVV-Rede deutlich, dass wir eine gemeinsame Verpflichtung haben, die Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Bezirksstadtrat Christian Gräff (CDU) konnte der BVV ebenso mitteilen, dass auch der anliegende Straßenabschnitt nach Otto Rosenberg benannt werden würde.

Björn Tielebein

Politik konkret

Post an die Abgeordnete

Mit einer Petition wandte sich Manfred Zemter ans Abgeordnetenhaus, in deren Petitionsausschuss Dr. Margrit Barth DIE LINKE vertritt. Es ging um den Bau von Warthäuschen in der Bitterfelder Straße, wo man bisher bei Wind und Wetter beim Warten auf den Bus im Freien stehen musste. Er schrieb dazu:

Hallo Margrit,

hoffend, dass Du gesund und tatendurstig aus dem Urlaub zurück bist, möchte ich Dir eine freudige Überraschung bereiten:

Die beiden Warthäuschen, die Gegenstand meiner Petition an den Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses waren, sind fertiggestellt und werden bereits genutzt. Ihr Bau erfolgte in der Zeit vom 7.-9. August 2007.

Vielen Dank für Deine Unterstützung. Im Anhang übersende ich Dir ... Fotos (siehe unten - die Red.) als „Beweis“ der Fertigstellung. Außerdem beabsichtige ich als Bürger, Dir im Rahmen Deiner Abgeordnetenfunktion mit einem Brief offiziell zu danken.

Herzliche Grüße

Manfred Zemter, BO 22



Info-Splitter aus dem Bezirk

- Die BVV hat die Bildung eines Beirates für das Freizeitforum Marzahn beschlossen, zunächst soll dieser aus drei Vertreterinnen und Vertretern aus Bezirksamt, BVV und Wirtschaft gebildet werden.

Die BVV stimmte ebenfalls dem Abschluss eines zweijährigen Geschäftsbesorgervertrages für das FFM zu. Mit diesen beiden Beschlüssen ist der Beginn der Sanierungsarbeiten im FFM näher gerückt.

- Das Bezirksamt hat mit einem Beschluss die langfristige Nutzung des am Feldberger Ring 35 (Hellersdorf-Süd) zu bauenden „Hauses der Generationen“ für mindestens 15 Jahre gesichert.

Gleichzeitig werden die ersten Entwürfe für die Neugestaltung des Stadtplatzes am Feldberger Ring begutachtet.

- Das Bezirksamt hat beschlossen, das Rondell in der Wolfener Straße nach Otto Rosenberg zu benennen. An diesem Ort befand sich das Zwangslager der Nazis für Sinti und Roma. Damit trägt das Bezirksamt bereits länger vorliegende Wünschen der Hinterbliebenen und Politikerinnen der Linken Rechnung.

- Wegen der geforderten Personaleinsparungen werden im Bereich der Bürgerämter 8 Personalstellen eingespart. Die betroffenen Mitarbeiterinnen sind für eine Beschäftigung im JobCenter vermittelt worden. Auf Grund dieser Personalreduzierungen wird das Bürgeramt am Helene-Weigel-Platz im September 2007 geschlossen, die Schließung des Bürgeramtes in der Havemannstraße ist für Oktober vorgesehen.

Noch was Erfreuliches

Vorsteherin Petra Wermke ist in der Sitzung der BVV am 30. August 2007 die „Goldene Ehrennadel“ des Bezirksverbandes der Gartenfreunde Berlin-Hellersdorf verliehen worden (siehe Foto).

Renate Schilling
(Text und Foto)



Freude oder Frust?

Als mir am 28. November letzten Jahres vom Bezirksamt die politische Verantwortung für das Freizeitforum übertragen wurde, war ich mir durchaus dieser großen Last bewusst. Das Freizeitforum Marzahn, ein Werk von Professor Eisentraut, zu DDR-Zeiten geplant und 1991 fertig gestellt, prägt unsere soziale Stadt. Mit seinen Freizeiteinrichtungen, wie der Schwimmhalle, der Sauna, der Mehrzwecksporthalle, der Bibliothek, der Jugendfreizeiteinrichtung „Fair“ und diversen Veranstaltungsräumen zieht es große und kleine Marzahner Bürgerinnen und Bürger an und lädt zu den verschiedensten Freizeitvergnügungen ein. Das Publikum kommt aber nicht nur aus der direkten Umgebung. Das Freizeitforum Marzahn bietet Kulturveranstaltungen für alle Generationen an, ist Heimstatt des Schulschwimmens geworden und hat sich auch für Sport und Erholung weit über die Bezirksgrenzen hinaus einen guten Namen gemacht ... Zwar steht das Engagement in unserem Wahlprogramm, aber all die vergangenen Jahre war seine Fortexistenz gefährdet - die anderen Parteien wollten es nicht und uns fehlte das Geld. Ich geb's

zu, ich hatte Lust, um dieses wichtige Haus zu streiten, auch wenn die offenen Fragen mit jedem Tag mehr zu werden schienen. Die Gesellschaft für Stadtentwicklung (GSE), seit 2004 mit der Bewirtschaftung des Hauses betraut, und der Architekt Prof. Eisentraut, waren neben zwei Mitarbeiterinnen meines Hauses, unserem Rechtsamtsleiter und dem FFM-Team verlässliche Partner an meiner Seite. So gelang es uns, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Senatsverwaltung für Finanzen dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf die erforderlichen 8 Millionen € freigegeben hat. Wir werden noch in diesem Jahr mit dem Baugeschehen beginnen, auch wenn die geforderte europaweite Ausschreibung weitere Zeit fordert.

Am 17. September 2007 lade ich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einer Einwohnerversammlung in den großen Saal des Freizeitforums ein, um sie über das Bauvorhaben zu informieren.

Marzahn-Hellersdorf ohne das Freizeitforum? Nicht mit meiner Partei!

Dr. Manuela Schmidt
Bezirksstadträtin

Einwohnerversammlung

Die Bezirksstadträtin für Jugend und Familie, Dr. Manuela Schmidt, lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich zu einer Einwohnerversammlung ein:

Montag, 17. September, um 19.00 Uhr, großer Saal Freizeitforum Marzahn, Marzahner Promenade 55, 12679 Berlin.

Sie informiert dabei über das künftige Baugeschehen im Freizeitforum.

Kinderarmut in Berlin

Modethema vieler Medien oder bittere Realität?

Das neue Schuljahr hat in Berlin gerade begonnen. Viele Schulanfänger konnten es kaum erwarten. Für viele ist es ein Tag der Freude und der großen Erwartung. Aber es war bestimmt auch für viele Eltern ein Tag der finanziellen Nachdenklichkeit. So manche Mutter und so mancher Vater sind mit den Gedanken bei den auf sie zukommenden finanziellen Ausgaben für ihre Kinder. Eine der Leidtragenden teilte mir wenige Tage vor Beginn des neuen Schuljahres in einem ausführlichen Schreiben u.a. mit: „Ich kann auch kaum noch schlafen angesichts der Tatsache, dass ich für 6 Kinder Schulmaterialien kaufen muss und ein 7. Kind einschulen lassen muss. Woher das Geld nehmen?“

Eltern aus meinem Wahlkreis fragen, wovon sie die erforderlichen Schreibwaren, das Schulessen, Kosten für Sport- und Kulturveranstaltungen und vieles andere mehr bezahlen sollen. „Außer Hartz IV gibt es nichts!“ Die Regelleistung für ein Kind bis zum 14. Lebensjahr beträgt 208 Euro. Eine andere Mutter schrieb mir voller Verzweiflung: „Das reicht weder für eine ausreichende und gesunde Ernährung noch für eine gute Bildung.“

Sehen wir einmal, was im Regelsatz von Hartz IV enthalten ist. In der Regelleistung für Kinder von arbeitslosen Eltern sind 1,64 EUR monatlich für Schreibwaren und 0,79 EUR täglich für Schulessen vorgesehen. Da ist es für mich nachvollziehbar, warum immer mehr Kinder nicht mehr an der Schülerspeisung teilnehmen können. Ohne regelmäßiges vollwertiges Mittagessen aber wird die gesunde

kindliche Entwicklung ernsthaft gefährdet. Ein Teufelskreis also, den man nicht einfach hinnehmen kann.

Wir haben als Linksfraktion im Abgeordnetenhaus dieses Thema bei den Haushaltsverhandlungen erneut auf die Tagesordnung gesetzt. So treten wir vehement dafür ein, dass alle Grundschulkinder in Berlin ein warmes Mittagessen für monatlich 23 EUR erhalten. Doch um Armut zu bekämpfen, ist mehr zu tun.

Bis zum heutigen Tag haben die Erfinder von Hartz IV nichts begriffen. Das Ergebnis einer solchen Politik liegt auf der Hand. Immer mehr Kinder sind die Leidtragenden.

Wie sieht die Berliner Situation konkret aus? Die Antwort der Senatsverwaltung auf meine entsprechende Kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus vom 12.7.2007 ist erneut ein deutlicher Beleg dafür: Die Kinderarmut ist in Berlin dramatisch gestiegen.

Vor einem Jahr lebten in Berlin bereits knapp 28 % aller Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren von Sozialhilfe. In diesem Jahr ist die Anzahl der Kinder und Jugendlichen weiter drastisch gestiegen. Jetzt leben bereits mehr als 33 % der Kinder und Jugendlichen in Berlin von Hartz IV, allein 14.950 in Marzahn-Hellersdorf.

Diese Entwicklung ist besorgniserregend! Insbesondere sind die Kleinsten von dieser Armut betroffen. Fast 41 % aller Kinder im Alter bis 7 Jahren leben in Berlin von Sozialhilfe. Das betrifft fast jedes zweite Kind dieser Altersgruppe. Die Zahlen sprechen für sich.

Es kann nur eine Schlussfolgerung für Politik geben: Hartz IV muss nicht nur auf den Prüfstand, dieses Bundesgesetz muss weg! Wir wollen eine existenzsichernde Kindergrundversicherung und existenzsichernde Arbeit für Eltern.

Die Bekämpfung der Kinderarmut und ihrer Folgen ist eine Aufgabe aller. Wir haben in Berlin, im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik aus dieser Sicht gezielt die Entwicklung der Kindertagesstätten ins Zentrum gerückt. Wir haben nicht nur ein bundesweit beispielhaftes gut ausgestattetes Kita-Netz in der ganzen Stadt. Wir haben auch in Deutschland den Anfang mit kostenfreien Kitaplätzen gemacht. Wir überprüfen gegenwärtig die bisherigen Berechtigungskriterien auf einen Kitaplatz, um auch Kindern arbeitsloser Eltern den umfassenden Besuch zu ermöglichen. Wir erweitern die Anzahl der Ganztagsgrundschulen und bauen Gemeinschaftsschulen auf, in denen alle Schülerinnen und Schüler die gleichen Chancen haben sollen.

Ich will auch darauf verweisen, dass wir in Berlin seit mehreren Jahren in Berlin den Familienpass für die Nutzung eines kostenreduzierten Freizeitangebotes den Familien mit Kindern anbieten. All das gegen den Widerstand anderer politischer Kräfte.

Eines ist aber sicher: Wir brauchen auch in Berlin jenseits bundespolitischer Entscheidungen schnelle Lösungen, die den Kindern zugute kommen und da ist die Landesregierung gefordert.

Dr. Margrit Barth

Kinder- und familienpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

Aus dem Siedlungsgebiet:

Hartz IV : Grundstücks- und Hauseigentümer beanspruchen Hausgeld!

Mit den durch SPD und Grüne und von der CDU novellierten eingeführten Regelungen von Hartz IV gestalten sich die Lebensumstände bei Hilfeempfängern unter äußerst schwierigen Bedingungen. Das Ziel der Gesetzes, die Erwerbstätigkeit zu fördern und die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, ist klar verfehlt worden. Trotz großer Anstrengungen der Berliner Landesregierung und der Berliner Bezirke ist der Grundsatz vom Fördern und Fordern mit den jetzt vorhandenen Instrumenten der Steuerung des Arbeitsmarktes nicht umsetzbar. Die Linkspartei bleibt deshalb bei der klaren Absage an Hartz IV. Sie wird sich aber ihrer landespolitischen und kommunalpolitischen Verantwortung nicht entziehen und mit eigenen Arbeitsmarktinitiativen, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Beschäftigungssektor einem Teil der Arbeitslosen wieder Perspektiven anbieten. Das Arbeitslosengeld II unter-

scheidet die Regelleistung zur Deckung des üblichen Lebensunterhaltes, Mehrbedarfe für erhöhten Regelleistungsbedarf und den Unterkunfts- und Heizungsbedarf. Leistungsempfänger, die im Besitz von Wohneigentum und Grundbesitz sind, müssen im besonderen Maße ihre Kosten für Unterkunft und Heizung geltend machen. Dabei sollen nach dem Gesetz die Leistungen für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen Leistungen erbracht werden, soweit diese angemessen sind. Soweit diese Kosten die Angemessenheit überschreiten, sollen sie solange berücksichtigt werden, wie das den Leistungsempfängern zumutbar ist. Bei Haus- und Wohneigentümern wird hier das „Hausgeld“ zur Grundlage genommen. Es beinhaltet die Bewirtschaftungskosten des Eigentümers. Diese bilden die Wohnraumuniversalversicherung, die Grundsteuer, die Abfallentsorgung, die Wasserversorgung und Abwasserentsor-

gung, die Entsorgung von Schmutzwasser und Klärschlamm, der Schornsteinfeger und die Heizkosten abzüglich der Warmwasserversorgung. Überschreiten diese Kosten eine vergleichbare Mietraumwohnung, so werden die Eigentümer aufgefordert, die Kosten zu senken oder Wohnraum zu vermieten. Ist das nicht möglich, so haben mehrere Urteile der Sozialgerichte entschieden, können die Kosten weiter geltend gemacht werden. Eine bei einigen Einzelfällen auftretende Aufforderung, aus dem Wohneigentum auszuziehen, ist bei Mitwirkung der Hilfeempfänger rechtswidrig. Diese Rechtswidrigkeit ist im Widerspruchsverfahren herauszuarbeiten und bei Notwendigkeit durch ein Urteil vor dem Sozialgericht bestätigen zu lassen.

Klaus-Jürgen Dahler

Fraktionsvorsitzender in der BVV

Politik konkret: Erschließungsbeiträge

Die Mitgliederbefragung zeigt, dass wir mehr tun müssen, um Bürgerinnen und Bürger über die Kommunalpolitik der LINKEN zu informieren. Ein gutes Beispiel: Die Basisgruppe der Genossin Stach aus Friedrichsfelde-Ost hat folgenden Brief unserer BVV-Fraktion an die Grundstückseigentümer im Hatzenporter Weg verteilt:

„Liebe Grundstückseigentümer vom Hatzenporter Weg,

gemeinsam haben wir vor Jahren gegen die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für Ihre Straße gekämpft – und den Kampf verloren. In einem ähnlichen Fall wurde jetzt in Sachsen-Anhalt zugunsten der Grundstückseigentümer entschieden. Das war für die Fraktion DIE LINKE in der Marzahn-Hellersdorfer Bezirksverordnetenversammlung Anlass, den

Frauen im Widerstand

Am 31. August 2007 fand bereits zum 8. Mal das „Lesen gegen das Vergessen und Verdrängen“ vor dem Alten Rathaus Marzahn, organisiert vom Vorstand der BVV und dem VVN BdA, statt. Die Anwesenden, BVV-Vorsteherin Petra Wermke, Bürgermeisterin Dagmar Pohle, Uwe Klett, KameradInnen des VVN BdA sowie Verordnete der LINKEN, der SPD und der Grünen, gedachten der Frauen im Widerstand gegen das faschistische Regime, deren Namen und Taten in der Öffentlichkeit und in der Geschichtsschreibung nicht immer ausreichend gewürdigt werden. Namen wie Sophie Scholl, Lilo Herrmann und Hilde Coppi, Anne Frank sind nicht vergessen, an viele weitere mutige Frauen erinnerten die TeilnehmerInnen der Lesung.

R. Schilling

Antrag zu stellen, die damalige Entscheidung in Ihrem Fall zu überprüfen.

Am Donnerstag, dem 30. August wird im Freizeitforum (Beginn 17.00 Uhr) über diesen unseren Antrag beraten. Wir hoffen, dass auch die anderen Parteien zustimmen und damit das Bezirksamt den Auftrag bekommt, die damalige Entscheidung zu überprüfen. Sie haben die Möglichkeit, an dieser Beratung teilzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion DIE LINKE

Regina Kittler

Berlin, 23. August 2007“

(Anm. der Red.: Inzwischen hat die BVV den „Prüfauftrag“ an das Bezirksamt beschlossen.)

Bei anderen gelesen: Zitat der Woche unter <http://zitate.net/>

Das Menschenleben ist seltsam eingerichtet: Nach den Jahren der Last hat man die Last der Jahre.

Johann Wolfgang von Goethe

Ein kluger Mensch bemerkt alles, ein dummer macht über alles eine Bemerkung.

Heinrich Heine

Antisemitismus in der DDR?

Auf Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf soll eine Ausstellung über Antisemitismus in der DDR auch hier im Bezirk gezeigt werden. Ich frage mich, was soll das?

Aus meinem persönlichen Erleben von 41 Jahren DDR ist mir Antisemitismus nicht bekannt. Im Gegenteil: BürgerInnen jüdischer Herkunft waren in ihrer Aktivität unüberhörbar und erlebbar. Sie waren verantwortliche Staats- und Parteifunktionäre, populäre Künstler, anerkannte Wissenschaftler und ansonsten gleichberechtigte BürgerInnen der DDR. Rassismus und Antisemitismus waren unter Strafe gestellt.

Träger der Ausstellung ist die Amadeu-Antonio-Stiftung, zu deren Sponsoren durchweg „betuchte“ Antikommunisten und DDR-Hasser gehören. Das Material für diese Ausstellung lieferten u. a. das Magazin „Stern“, die „Birthler-Behörde“ und die „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Von diesen Institutionen ist doch kaum eine wahrheitsgetreue, vorurteilsfreie Darstellung von DDR-Geschichte zu erwarten. Abgesehen von einigen unerquicklichen Einzelereignissen erfolgt in dieser Ausstellung eine Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus. Wie berechtigt Antizionismus war und ist, beweisen doch die Geschichte und die aktuelle Politik des Staates Israel. Meines Erachtens geht es wiederholt darum, den Antifaschismus der DDR zu denunzieren und die DDR als Unrechtsstaat zu delegitimieren. Dem sollten wir keinen Vorschub leisten. Wir sollten nicht noch den Kakao trinken, durch den man uns zieht.

Viktor Durnick
Sprecher BO 12

Die Linksjugend im Internet:

www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/jugend

progressiv und diskussionsfreudig

Fast 17 Jahre ist es her, dass die damalige Partei des Demokratischen Sozialismus ihren Weg ins bundesdeutsche Parteienspektrum begann. Heute stehen wir erneut an einem Wendepunkt. DIE LINKE ist im Osten fest verankert und beginnt im Westen Wurzeln zu schlagen.

Doch wir wissen um die Situation in unserer Partei. Gerade in Kommunalverbänden wie unserem haben wir einen sehr hohen Altersdurchschnitt. Die Mitgliederbefragung zeigt klar: Wir brauchen Mitglieder! Aber keine Kampagne kann allein etwas bewegen. Die Menschen, die zu uns kommen, müssen auch

tatsächliche Möglichkeiten haben, Standpunkte zu diskutieren und Politik mit zu gestalten. Da sind alle, ob Fraktion oder Basisgruppe, Arbeitsgemeinschaft oder Strömung gefragt. Mit dieser Jugend-Seite wollen wir einen kleinen Beitrag zu einem lebendigen Austausch in unserer Partei leisten. Wir wollen kontrovers diskutieren und auch außerparlamentarischen linken Gruppen die Möglichkeit geben, ihre Positionen hier zu vertreten. Unsere Standpunkte sind progressiv und wir freuen uns auf lebendige Diskussionen.

Bjoern Tielebein für die LINKSJUGEND Marzahn-Hellersdorf

Ausbildungssituation in Berlin

Anfang September beginnt das neue Ausbildungsjahr. Grund genug, einmal auf die aktuelle Ausbildungssituation in Berlin zu schauen. Der Hauptgeschäftsführer der IHK, Jan Eder, behauptet, dass die gute Konjunktur es den Berliner Unternehmen möglich macht, jeder BewerberIn einen Ausbildungsplatz anzubieten. Dieser Aussage standen am Ende des vergangenen Schuljahres noch knapp 15.000 Ausbildungssuchende und ca. 4.900 gemeldete freie Ausbildungsplätze gegenüber.

Im Jahr 2006 konnte ein rechnerischer Ausgleich zwischen BewerberInnen und Ausbildungsstellen nur dadurch erreicht werden, dass knapp 10.000 Jugendliche in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen untergebracht werden konnten. Für diese Jugendlichen ist vorgesehen, dass sie eine Ausbildung im Folgejahr aufnehmen. Die Zahl der möglichen BewerberInnen in diesem Jahr und die der noch freien Stellen lässt an der Aussage des IHK-Geschäftsführers Zweifel aufkommen. Ebenso sind an der Ernsthaftigkeit der Wirtschaft, den so genannten Ausbildungs-pakt einzuhalten, Bedenken angebracht, denn schon letztes Jahr wurde mehr als jedes vierte neu begründete Ausbildungsverhältnis in Berlin ganz oder teilweise mit öffentlichen Mitteln gefördert.

Zwar werden in diesem Jahr etwa 500 Stellen mehr angeboten als 2006, jedoch ist diese Zahl viel zu gering, um der großen Anzahl an BewerberInnen gerecht zu werden. Ein sich aus der großen Nachfrage an Ausbildungsstellen in Verbindung mit erschwerten Zugangsbedingungen für Studienplätze, wie z.B. Studiengebühren, ergebendes Problem ist, dass Unternehmen mehr und mehr Auswahl an BewerberInnen haben. Infolge dessen werden zunehmend AbiturientInnen bevorzugt eingestellt, wodurch sich für SchülerInnen ohne Abitur die Chancen auf dem Ausbil-

dungsmarkt weiter verschlechtern.

Fazit: Es werden voraussichtlich auch in diesem Jahr nicht alle BewerberInnen einen Ausbildungsplatz erhalten. Ein großer Teil wird wieder in Einstiegsqualifikationsmaßnahmen landen. Wir fordern von der Wirtschaft, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und nicht wieder zu warten, bis eine schlechtere Konjunkturlage als Begründung, nicht auszubilden zu wollen, ausreicht. Außerdem muss endlich die Selektion der Menschen nach der Grundschule beendet werden. Eine Fortführung des dreigliedrigen Schulsystems ist nicht mehr zeitgemäß.

Christian Schwinge

Neonazis glorifizieren Hitler-Stellvertreter auch in Marzahn-Hellersdorf

In der 3. und 4. August-Woche führten organisierte Neonazis, aus dem Spektrum der „Freien Kräfte Berlin“, Aktionen im Rahmen der so genannten „Rudolf-Hess-Aktionswochen“ in Marzahn-Hellersdorf durch. Neben umfangreichen Aufkleber-Aktionen in Wohngebieten, u.a. U-Bhf. Louis-Lewin-Str. und U-Bhf. Neue Grottkauer Str., sprühten sie Parolen in Gedenken an den Hitler-Stellvertreter und verurteilten Kriegsverbrecher Rudolf Hess, u.a. im Gebiet des S-Bhf. Kaulsdorf und der Hellen Mitte.

Am 18.8.2007 führten Neonazis einen Aktionstag in Marzahn-Hellersdorf durch. Sie verbreiteten im Einkaufszentrum „Eastgate“ und vor dem Marktplatz Center Helle Mitte revisionistische Flugblätter, welche die Taten des NS-Politikers Rudolf Hess mythisch verklärten. Des weiteren brachten sie Transparente, u.a. mit der Aufschrift „Rudolf Heß – Das war Mord!“, auf dem Parkdeck des Marktplatz

A wie Ausbildungsplatzabgabe

Die betriebliche Ausbildungsquote sinkt von Jahr zu Jahr. Immer mehr Jugendliche bleiben ohne einen Ausbildungsplatz, werden stattdessen in Warteschleifen geparkt oder stehen auf der Straße. Damit fehlt ihnen jegliche berufliche Perspektive.

Die bisherige Berufsbildungspolitik hat nicht dazu beigetragen, diese Probleme zu lösen. Rot-Grün hat den so genannten Ausbildungs-pakt auf den Weg gebracht, der die Problematik mittels freiwilliger Selbstverpflichtungen und Appelle an die Wirtschaft lösen sollte. Dieser Pakt hat bisher keinerlei Wirkung gezeigt. Im Gegenteil: Die Ausbildungsmisere hat sich weiter verschärft. Dennoch hat die Große Koalition beschlossen, daran festzuhalten. Diese Politik ist unsozial und geht in erster Linie zu Lasten der Jugendlichen. DIE LINKE setzt sich aus diesem Grund für die Einführung einer gesetzlichen Umlagefinanzierung ein. Das heißt, dass diejenigen Unternehmen, die nicht selber ausbilden, eine Ausbildungsplatzabgabe zahlen müssen, mit der ausbildungswillige Firmen unterstützt und zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden können. Nur so kann der Rückzug der Arbeitgeber aus ihrer Verantwortung für die Ausbildung gestoppt werden.

Hassan Metwally



Centers, am Kaufpark Eiche und an diversen Brücken an.

Daniel Neumann, Pressesprecher des Antifaschistischen Bündnis Marzahn-Hellersdorf: „Diese Propaganda-Delikte sind ein Beispiel dafür, dass organisierte Neonazis bewusst öffentliche Räume in unserem Bezirk ... für ihre NS-Verherrlichung nutzen.“

Neonazis versuchen ein Klima zu schaffen, in dem sich Menschen, die sich der NS-Ideologie entgegenstellen, unwohl und verängstigt fühlen.

Seit 2003 führen wir eine Chronik über neonazistische Aktivitäten im Bezirk. Diese findet jedoch von den politischen Verantwortlichen nur teilweise bis gar keine Beachtung. Unter www.kein-verstecken.de/chronik.htm steht diese Dokumentation der Öffentlichkeit jederzeit zur Verfügung.“

Antifaschistisches Bündnis Marzahn-Hellersdorf [ABM] 24.8.2007

Veranstaltungen:

» **11.9., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Marzahner Gesellschaftspolitisches Forum, **Diskussionsabend** zum Thema: „Wie weiter mit den Stasi-Akten“, Referent: mit Dr. Matthias Wagner (Saarmund), Autor des Buches „Das Stasi-Syndrom“ und anderer Publikationen, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus. Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahns im Verein „Helle Panke“, Eintritt: 1,50 Euro

» **17.9., 19 Uhr, Einwohnerversammlung**, großer Saal des Freizeitforums Marzahn, Marzahner Promenade 55, 12679 Berlin. Die Bezirksstadträtin für Jugend und Familie, Dr. Manuela Schmidt, lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger recht herzlich ein zu einer Informationsveranstaltung über das künftige Baugeschehen im Freizeitforum.

» **26.9., 19 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, **Diskussionsabend** zum Thema: „Jungs, die Mädchen werden knapp - zur Demographie im 3. Jahrtausend“, Referent: PD Dr. habil. Wolfgang Weiss (Universität Greifswald). Dr. Wolfgang Weiss ist ein ausgewiesener Experte auf dem Gebiet der Demographie, insbesondere Ostdeutschlands, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus. Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahns im Verein „Helle Panke“. Eintritt: 1,50 Euro

» **5.10., 9 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, **2. Unternehmerfrühstück** des LINKEN Wirtschaftsforums Marzahn-Hellersdorf, mit Wirtschaftsminister Harald Wolf, Petra Pau (MdB), Carl Wechselberg (Mda) u.a.

Eröffnung des Neubaus des „Friedensfahrt-Museums“ in Kleinmühlingen im Landkreis Schönebeck am 24.11.2007

Fahrt mit Kleinbus (noch drei freie Plätze), Abfahrt 24.11., 9.00 Uhr, Nähe S-Bahnhof Landsberger Allee, Syringenweg, Kostenbeteiligung pro Person 35 Euro, Anmeldung über den Linken Treff (Telefon 5 41 21 30). Bei entsprechendem Interesse wird ein weiterer Bus gechartert. Meldeschluss 30.10.2007, damit Zeit zum Organisieren des „Gefährts“ besteht!

Redaktion

Siegfrieds Frage**Es wird weiter gestorben ...**

... im Irak. Seit der US-Invasion verloren etwa 200.000 Irakis ihr Leben!

Täglich sterben auch zwei GI's. Bisher über 4.000.

Allein im vergangenen Jahr 2006 gab es 99 Selbstmorde von US-Soldaten – die Tendenz ist steigend!

In dieses Krisen- und Kriegsgebiet Naher Osten senden die USA weitere Truppen sowie Waffen im Wert von 63 Milliarden US-Dollar. Davon sollen 30,4 Mrd. an Israel, 20 Mrd. an Saudi-Arabien und die Golf-Emirate und 13 Mrd. an Ägypten gehen.

Frage

Wer in Deutschland und anderswo stellt sich die Frage, für wen der Tod ein lohnendes Geschäft ist?

S.Scholz

Bezirksvorstand

» **11.9., 25.9.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Hauptversammlung

» **16.9.**, 10 Uhr, Theater am Park, Frankenhöfer Weg 4, 12683 Berlin, mit Wahl von Bezirksvorstand, Bezirksfinanzrevisionskommission und VertreterInnen für den Landesausschuss

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **4.9.**, 19 Uhr (BO Springpfehl) Bürgerhaus, Marchwitzstr. 24/26

» **4.9.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreis 3) Alt-Marzahn 64

» **4.9.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

» **10.10.**, 20 Uhr (BO Wahlkreise 1 und 2) Alt-Marzahn 64

» **10.10.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf

IG / Freundeskreis

» **20.9.**, 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

» **20.9.**, 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312): Mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54 43 18 90

Rentensprechstunde

» **17.9., 1.10., 15.10.** jeweils 10-12 Uhr in den Räumen des ver.di-Kieztreffs in den Ringkolonnaden, Mehrower Allee 28/30, Hilfe beim Antragstellen, Umgang mit Bescheiden

Bürgersprechstunden

» **20.9., 19 - 21 Uhr, Wolfgang Brauer (Mda), Petra Wermke (BVV)**, „Kiek in“, Rosenbecker Str. 25/27, 12689 Berlin

» **24.9., 16 - 17 Uhr, Dr. Margrit Barth (Mda)**, Kulturzentrum M-Ost, Mehrower Allee 28-30 (Ringkolonnaden), 12687 Berlin, telefon. Anm. unter 23 25 25 36

» **24.9., 18 - 19 Uhr, Dr. Gabriele Hiller (Mda)**, Kino „Kiste“, Heidenauer Str. 10, 12627 Berlin

» **26.9., 16 - 18 Uhr, Petra Pau**, Vizepräsidentin des Bundestages, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, telefon. Anm. unter 99 28 93 80

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(fon: 5 41 21 30/9 95 35 08 - fax: 99 90 15 61)

Offen: Montag 13 - 17 Uhr, Dienstag 9 - 17 Uhr, Donnerstag 9 - 19 Uhr, Freitag 9 - 15 Uhr

Geschlossen: Mittwochs ist **nicht** geöffnet. Weitere Schließtage: 1. und 2. Oktober 2007

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, fon: 030-5 41 21 30/9 95 35 08, fax: 030-99 90 15 61.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 3.9.2007. Auslieferung ab: 5.9.2007. **Druck:** Eigendruck. „Marzahn-Hellersdorf links“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 4.10. und 1.11.2007.